

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1919

177 (15.4.1919) Mittagausgabe

Badische Presse.

General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land.

Unabhängige und am meisten gelesene Tageszeitung in Karlsruhe.
Weitens größte Bezieserzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Eigentum und Verlag von
Herrn Zellmann Bodens
Verwaltung: Albert Herzog
Verantwortlich für alle dem Blatt
und den Zeitungen: Anton Kubold,
Red. u. Verw. v. Gedenborff, Red.
Zeit. u. Sport: R. Bolberauer,
für den Anzeigenteil: R. Rindes-
meyer, Schriftl. in Karlsruhe 1. B.
Bestell. Bezugsstelle: Berlin W 10.
Anzeigen.
Die Anzeigenspreise 20 Pf.
Die Anzeigenspreise 100 A. Anzeigens-
an erster Stelle 175 A. die Zeile,
außerdem 30%, Fernanmeldung.
Für Anzeigenspreise und Lage der
Anzeigen kann keine Gewähr über-
nommen werden.
Bei Wiederholungen besondere Rabatt, bei
Wiederholungen des Blattes, bei gerichtl.
Verordnungen u. Anordnungen außer Kraft tritt.

Bezugs-Preise:
mit Austr. Postsch.
Ausgabe A B
Im Verlage und in
den Zweigstellen ab-
schot 1.50 1.70
Post ins Haus kostenfrei 1.60 1.80
Abwärts: bei Abho-
lung am Postschalter 1.57 1.68
Nach dem Briefträger
halbiert ins Haus 1.61 1.81
Einzelnummer 10 Pf.
Geschäftsstelle:
Kaiserstr. und Marktstr.
Kaiserstr. und Marktstr.
Verlags-Druck: Karlsruhe Nr. 8368.

Nr. 177. Telefon: Geschäftsstelle Nr. 86. Karlsruhe, Dienstag den 15. April 1919. Telefon: Redaktion Nr. 809. 35. Jahrgang.

Dem Frieden entgegen?

Karlsruhe, 15. April. Nach Pariser Meldungen soll Lloyd George beabsichtigen, in diesen Tagen dem britischen Unterhaus die wesentlichen Bedingungen des Vorfriedens bekannt zu geben. Trifft diese Nachricht zu, so geht zunächst daraus hervor, daß die Pariser Verbündeten endgültig darauf verzichtet haben, in den bevorstehenden Friedensverhandlungen die Regelung sämtlicher noch strittigen Völkerfragen einzubeziehen, also durch einen einzigen Vertrag einen Weltfrieden zu stiften. Man will vorerst mit Deutschland ins Reine kommen, und auch mit ihm nur über das Grundrissliche: eine Reihe von Einzelfragen, wie etwa die Höhe der jährlich zu zahlenden Entschädigungssummen, soll später geregelt werden. Auch der Völkerbundsvertrag wird in diesem „Vorfrieden“ voraussichtlich nicht enthalten sein; ebenso sollen mit den früheren Verbündeten Deutschlands besondere Verträge geschlossen werden. Ein verhängnisvolles Gewicht nach dem anderen ist dem Friedensvertrag abgenommen worden. Was bleibt, ist die Festlegung der deutschen Grenzen, der militärischen Sicherungen, der Entschädigungssummen. Keine Neuordnung der Welt, also, sondern ein Friedensvertrag wie andere Friedensverträge, ob auch zunächst für Deutschland, dessen Schmach er damit auf unerschütterlichen Grund festlegen möchte.

Daß es, trotz des Verlangens nach einem Weltbauplan, bei diesem Provisorium blieb, erklärt sich aus dem Friedensbedürfnis aller Völker und aus der in fünfmonatiger Arbeit erwiehenen Unmöglichkeit, in verhältnismäßig kurzer Zeit für alle politischen Fragen des Erdballs eine Antwort, alle Widersprüche eine Lösung zu finden. Allerdings hat Amerika versucht, eine Regelung wenigstens des Westens, besonders des Völkerbundes, gleich im ersten Friedensvertrage durchzusetzen. Mit diesem Wunsch aber tritt die ebenfalls von Amerika dringend geforderte Beschleunigung der Vorarbeiten, und ihr sind die Wünsche nach Selbstständigkeit geopfert worden. Präsident Wilson stellte seine Absicht in nahe Aussicht, man müßte wissen, daß man sich einigte. Man versuchte es, indem man den Vorfrieden von allen die Einmütigkeit der Verbündeten bedrohenden Fragen entlastete.

Auch so sind die Großmächte, wenigstens in diesem Augenblick, noch nicht zu einer vollen Einigung gekommen. Augenblicklich ist das Kompromiß zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich, das nur noch zwischen dem Saargebiet, das wegen unversiehlter Ausbeutung der Saar Kohle verlangt u. die milit. Neutralisierung der Rheinlande fordert, zustande gekommen, schwerlich schon eine Uebereinkunft mit England, dessen Ministerpräsident seinen Wählern in der Entschädigungsfrage jetzt sehr peinliche Versprechungen gemacht hat. Auch über Dauer und Art der Besetzung deutschen Gebietes waren die Verbündeten lange uneinig; Frankreich verlangt die Besetzung auf viele Jahre hinaus, falls man ihm nicht hinreichende Sicherungen verschaffe, sträubt sich aber natürlich dagegen, die Besetzungstruppen allein zu stellen. Dennoch spricht man von langwieriger Besetzung bis zur Erhaltung der „Entschädigung“ und nennt Milliarden Francs, davon 25 Milliarden sofort zu zahlen. Endgültig sind solche gewalttätigen Bedingungen schon darum nicht wohl verhandelt werden soll. Die deutschen Unterhandler werden sich um die Meinungsverschiedenheiten der Gegner um so weniger zu kümmern brauchen, als sie selbst mit einem festen und eindeutigen Programm in die Verhandlungen hineingehen. Dies Programm lautet: Festhalten an den 14 Punkten Wilsons; keine Herabgabe deutscher Grenzen; Aufhebung der Blockade, Räumung des besetzten Gebietes, Rückgabe der Kriegsgefangenen sofort nach Friedensschluß. In Übernahme wie im Preußensparlament haben sich die Parteien — mit Ausnahme der Unabhängigen — einmütig zu diesen Grundrissen erklärt.

Die Viererratsbeschlüsse gegen Deutschland.

Paris, 14. April. Havas meldet: Der günstige Eindruck über die Richtung der Verhandlungen des Biererates bestätigt sich völlig. Zu den bereits gemeldeten Tatsachen sind folgende Mitteilungen bekannt geworden:
Die Frage des Saarbeckens wurde so geregelt, daß die Bergwerke auf einige Zeit an Frankreich kommen. Deutschland wird für das Polzeiwesen ausüben. Die politische Souveränität des Landes wird unterstellt einem Direktorium, das vom Biereratsrat festgelegt wird und aus fünf Mitgliedern bestehen soll, und zwar aus einem französischen, einem Einwohner des Saarbeckens und drei von der Konferenz festzustellenden Persönlichkeiten.
Die Einwohner des Saarbeckens verfügen über alle bisherigen Rechte, werden aber keine Abgeordneten in das deutsche Parlament entsenden. Dies Regime dauert 15 Jahre. Nachher wird eine Volksabstimmung über die Zugehörigkeit des Landes vorgenommen. Es wird eine solche zu Gunsten Deutschlands anfallen, so wird Deutschland in Gold beglichen müssen. In der Tat ist hier von einer Annexion keine Rede, da den Saarbeckensbewohnern freie Hand gewährt wird, Selbstbestimmungsrecht zu wählen.
Sobald wurde ein weiteres Problem in der Entschädigungsfrage gelöst. Wie bereits gemeldet, soll Deutschland 125 Milliarden Entschädigungen bezahlen, wovon 55 % Frankreich zufallen. Die von der Biereratskonferenz festgelegt wird. Die Frage der Garantie, soll, ist noch nicht geregelt. Der Biereratsrat hört dazu den französischen Vorschlag, der militärisch in der Neutralisierung des linken Rheins und über andere strategische Unternehmungen zu unterhalten, gepfeilt.
Die Besetzung des linken Rheinsess soll von Frankreich allein durchgeführt werden. Zudem bleibt eine neutrale Zone von 50 Kilometer Tiefe bestehen. Die weiteren Maßnahmen, sowie die Besetzung der Rheinbrücken werden nach 15 Jahren,

wenn die deutschen Entschädigungen bezahlt sind, aufgehoben und die Truppen werden sich dann stufenweise zurückziehen. Der Vertrag sieht auch die Einschränkung der Rüstungen Deutschlands vor.

Der Eindruck dieser Abmachungen ist in Frankreich ein äußerst günstiger und man glaubt, daß eine Veränderung nicht mehr möglich sein wird. Die Westgrenze Deutschlands ist nun gezogen, ebenso ist die Ostgrenze nahezu erledigt. Es gilt nur noch die Frage der Staatsgrenze auf der Balkanhalbinsel und gegen Ungarn zu regeln. Die Vorarbeiten hierzu sind erledigt. Der Biereratsrat dürfte nur noch die italienisch-slawische Grenze und die jüdische Frage zu erledigen haben.

Paris, 14. April. Der „Temps“ glaubt zu wissen, daß im Eingang zu den Friedenspräliminarien die Verantwortlichkeit Deutschlands am Kriege festgelegt werden wird.

Zwischen Waffenstillstand und Frieden.

Freidensauschuß der Nationalversammlung.
Weimar, 14. April. Der neunte Ausschuh der Nationalversammlung für die Friedensverhandlungen hat sich heute konstituiert. Er setzt sich zusammen aus dem Präsidenten der Nationalversammlung, den drei Vizepräsidenten der Nationalversammlung und 28 Mitgliedern aller Parteien.

Weimar, 15. April. (Privattele.) Als große Friedenskundgebung der Nationalversammlung soll zum Schluß der heutigen Sitzung eine Postkarte des Reichspräsidenten an das deutsche Volk verlesen werden.

Zur Ankunft der deutschen Delegation in Versailles.

Paris, 14. April. Ag. Hav. Nach Blättermeldungen soll die deutsche Delegation demnächst nach Versailles reisen werden. „Petit Parisien“ glaubt, daß die alliierten Regierungen sich bereits über das Datum geeinigt haben. Die Einberufung soll vor dem 20. April erfolgen. Nach dem „Echo de Paris“ sind die Diskussionen für die zweite und dritte Woche vorgesehen.

Clemenceau wird namens der Alliierten, in der Präfektur von Versailles dem Grafen Brockdorff-Rauschen den Text der einstimmig von der Konferenz angenommenen Bedingungen zur Kenntnis bringen. Nach dem „Petit Journal“ wird Lloyd George der Konferenz von Freitag ab in Paris wieder beizumohnen.

Lloyd George nach England abgereist.

Paris, 15. April. Reuter. Premierminister Lloyd George ist heute morgen nach London abgereist. Er wird am 17. April nach Paris zurückkehren.

Um Wilhelm II.

London, 14. April. Reuter. Im Unterhaus fragte Lytle, ob die alliierten Regierungen die Absicht hätten, von Holland die Auslieferung des früheren deutschen Kaisers zu verlangen. Bonar Law antwortete, die von der Friedenskonferenz ernannte Kommission zur Untersuchung dieser Frage habe ihren Bericht erstattet. Er könne aber jetzt keine Erklärung über diesen Gegenstand abgeben.

Lytle fragte ferner, ob Bonar Law wisse, daß in England eine sehr starke Strömung dafür vorhanden sei, daß der Erzverbrecher von Europa bestraft werde. Bonar Law antwortete, er sei sich dieser Stimmung wohl bewußt. Die britische Regierung teile sie.

Aus den besetzten deutschen Gebieten.

Der pfälzische Notabelnrat.

Banbau (Pfalz), 14. April. Für die Besatzungszeit wird ein Notabelnrat (Wirtschaftsausschuß) geschaffen. Er besteht aus mehreren, den verschiedenen Zweigen des wirtschaftlichen u. sozialen Lebens angehörenden Fachleuten. Diesem Rate fällt die Aufgabe zu, dem kommandierenden General der 8. französischen Armee auf seine Anforderungen jede Auskunft über Fragen vorzulegen, die das Wohl der Bevölkerung betreffen. Sitz des Notabelnrates ist Banbau. Die Mitglieder werden zu den Sitzungen durch den kommandierenden General einzeln und persönlich eingeladen.

Die Reichstrene der pfälzischen Industriellen.

Neustadt a. d. S., 14. April. Der Verband pfälzischer Industrieller nahm in seiner Mitgliederversammlung folgende Erklärung an: „Zur Abwehr der gerade in den letzten Wochen stark hervorgetretenen Bestrebungen linksrheinischer Gebiete, in irgend einer Form sich vom deutschen Reiche abzutrennen, erklärt der Verband pfälzischer Industrieller auch heute seine unerschütterliche Treue zu der Deutschen Reichseinheit. Eine öffentliche Erklärung der künftigen politischen Beziehungen zwischen Bayern und der Pfalz ist zur Zeit unangebracht wegen der durch die herorgewiesenen Verhältnisse erschwerten Auswertung für andere Zwecke.“

Vom Schauplatz des Bolschewismus.

Die Gewaltherrschaft in Budapest.

Berlin, 15. April. (Privattele.) Die „Nationalzeitung“ meldet: Eine hiesige Persönlichkeit erhält von einem absoj. wertigen Gewährsmann, der in Budapest in den letzten Tagen verblieben hat, Mitteilungen so granathafter Art, daß die bolschewistischen Verbände in Russland daneben verblieben. Danach haben die derzeitigen kommunistischen Machthaber den ehemaligen ungarischen Erzherzog Joseph, den ehemaligen Ministerpräsidenten Wieders und den früheren Handelsminister Baron Joseph Sztecsens im Budapest'er Sammelgefängnis ermorden lassen.

Der Gewährsmann berichtet weiter, daß die Nachrichten die aus Ungarn nach dem Ausland gelangen fast durchweg unrichtig seien, da die Machthaber nur Mitteilungen durchlassen, die ihnen genehm sind. Ganz Budapest stehe unter dem Druck einer verbrecheri-

chen Regierung, die mit allen Mitteln des Terrors die freie öffentliche Meinung unterdrückt und ihre Gewaltherrschaft aufrecht zu erhalten sucht.

Die Lage der Alliierten in Russland.

Basel, 15. April. (Privattele.) Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ bestätigt sich die Nachricht, daß Wilna von den Bolschewisten geräumt wurde. Reuter meldet, daß die Bolschewisten in Nordrussland eine allgemeine Offensive zu unternehmen suchen, wobei sie im Rücken der Alliierten Truppen aufstünde inszenieren.

Basel, 15. April. (Privattele.) Eine offizielle Reuter-meldung erklärt die Lage der alliierten Truppen im Norden und Süden Russlands für entschieden kritisch. Mehr als 60 000 Ententetruppen seien in unmittelbarer Gefahr, teils eingeschlossen, teils ins Meer geworfen zu werden. Nach Nordrussland sind Verstärkungen unterwegs, in Südrussland wurde der allgemeine Rückzug angeordnet. Die Landenge von Perekop mußte aufgegeben und Sebafopol eiligst in Verteidigungs-zustand gesetzt werden. Die Lage dieser Schiffsbasis ist für die Alliierten ernst, da starke Bolschewistenheere auf Sebafopol anmarschieren.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 14. April. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2 Uhr.
Am Ministertisch: Ernährungsminister Schmidt.
Der Abg. Dietrich-Baden (Dem.) hat sein Mandat niedergelegt. Auf der Tagesordnung steht die sozialdemokratische Lebensmittelpetition.

Abg. Köhle (Soz.): Wir verlangen Verteilung der ausländischen Lebensmittel nach der Bedürftigkeit. Die Entente nicht unsere Notlage sehr aus, aber die Verhältnisse werden noch verschlechtert durch die fortwährenden Streiks, deren Folgen ein weiteres Sinken der deutschen Baluta ist. Unsere Arbeiter sollten sich von den gewissenlosen Demagogen abwenden. Im Notfall müssen Reichsmittel zur Verfügung gestellt werden, damit jeder Verbraucher, auch der Minderbemittelte, sich ausländische Lebensmittel kaufen kann. Wir fordern Festhaltung an der Zwangswirtschaft, solange eine Anaprophe an den notwendigen Lebensmittel besteht.

Ernährungsminister Schmidt:

Ich kann nicht mit der Verteilung warten, bis eine gleichmäßige Abgabe an das ganze Land stattfinden kann. Ich muß zunächst gewisse Bezirke bevorzugen. Nur durch Betrug oder Diebstahl können die ausländischen Lebensmittel in die Hände des Schleichhandels geleitet werden. Was mich auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung beruhigt ist, daß in letzter Zeit große Lebensmittelmagazine in erheblichem Umfang geplündert worden sind. Diese Vorgänge vermindern unseren Kredit im Ausland und erschweren erheblich die Einfuhr. Beunruhigend ist auch, daß die Lebensmitteltransporte nur mit starker militärischer Bedeckung gehen können.

Eine Beunruhigung entsteht weiter, dadurch, daß durch den Streik der Bankbeamten die Abgabe ausländischer Wertpapiere verzögert wird. Wir haben zu befürchten, daß die auf dem Wege befindlichen Lebensmittel, wenn wir nicht die Finanzierung der Lebensmittel aufdrängen können, noch auf der Fahrt umbringt werden und ihren Bestimmungsort Deutschland überhaupt nicht erreichen. Durch die Streitfrage, ob bei der Entlastung eines Angefallenen diese oder jene Angestellten mitzubestimmen hat, kommt die Nation in Gefahr, in ihrer Lebenshaltung beeinträchtigt zu werden. Mit großer Beunruhigung sehe ich die Schiffe aus deutschen Häfen mit Ballast abfahren, obwohl wir in der Lage wären, Kaffee als Zahlungsmittel auszuführen. Schließlich kann doch nicht eine einzelne Erwerbsgruppe unter Ausnutzung der Zwangslage der heutigen Gesellschaft auf der uneingeschränkten Erfüllung ihrer Forderungen bestehen. Wenn die Bergarbeiter eine bessere Lebensmittelförderung für sich beanspruchen, so sage ich: Niemand hat mir schwerere Hindernisse bei der Beförderung der Lebensmittelversorgung in den Weg gelegt, als die Bergarbeiter mit ihren Ausständen. (Mit erhobener Stimme): Wenn in der Bevölkerung Unruhen vorhanden sind, so mögen sich die Bewohner an die einzigen Schuldigen halten.

Was die Verteilung der ausländischen Lebensmittel anlangt, so handelt es sich für den Augenblick nur darum, wohin die Bestände, die im beschränkten Umfang vorhanden sind, geleitet werden sollen. Darauf antworte ich: In die großen Städte, wo sie am dringendsten benötigt werden. Ich werde mich durch bevorzugte Lieferungen durchzusetzen lassen, diese bevorzugten Lieferungen durchzuführen. Ich halte diese Bevorzugung auch aus rein volkswirtschaftlichen Gründen für notwendig, denn es handelt sich dabei um Industriestädte, die in erster Linie berufen sind, unsere wirtschaftliche Lage wieder hochzubringen. Ich sehe darin auch ein vorzügliches Mittel zur Befähigung der politischen Unruhen, die ihren Untergrund zu einem erheblichen Teile zweifellos in der nicht ausreichenden Lebensmittelversorgung haben.

Der Vorwurf, daß uns die Entente besonders hohe Preise auferlegt, ist unberechtigt. Die einzigen Schuldigen sind wir selbst, nämlich infolge des Zusammenbruchs unseres Wirtschaftslebens. Unsere Baluta sinkt fortgesetzt. Der Speck, den ich am 14. März mit 837 A das Kilo in Aussicht stellte, ist durch das Sinken der Baluta am 10. April schon auf 10.82 A gesunken. Man hat meine Grundpreispolitik bemängelt. Ich brauche noch einen Zuschuß von 600 000 Tonnen Mehl zur Brotbereitung. Die Ablieferung von Getreide ist in den letzten Monaten überraschend gut gewesen. Die Zwangswirtschaft ist also nicht zusammengebrochen. Hätten wir für die großen Betriebe der Landwirtschaft Kohlen, so wäre noch viel mehr Getreide abgefordert worden. Wenn ich dann die 600 000 Tonnen Mehl zur Brotbereitung aus neuerem ausländischen Mehl hinzufüge, so ergibt das einen Fehlbetrag für die Reichsstafte von 1 Milliarde Mark. Dieser Fehlbetrag erhöht sich noch um 1,5 Milliarden Mark durch das Mehl, das ich durch den Ausfall der Kartoffeln zur Verfügung stelle. Da ich die Reichsstafte bei der Gesamtlage nicht in Anspruch nehmen kann, muß ich auf den Preis des Mehles eine Risikoprämie hinzuschlagen. Ich werde die Einrichtung treffen, daß auf die Brotkrumen ein größeres Quantum Mehl genommen werden kann. Dann können die Begüterten Weizenmehl nehmen und die Minderbemittelten Brot.

Für die Verteilung der Eingänge aus dem Ausland konnten wir eine neue Pflichtgesellschaft gründen oder eine große Expeditionsfirma beauftragen. Ich habe das letztere gewählt. Arbeiter- und Kohlemangel erklären, daß wir keinen Zucker und auch keine Marmelade

haben. Die Zwangsbewirtschaftung der Eier wurde aufgehoben, weil der große Verwaltungsapparat in seinem Verhältnis zu dem Ergebnis stand. Da haben gerade die Kleinbauern die Aufhebung verlangt, und die Regierung hat alles Interesse daran, mit den Kleinbauern in ein gutes Verhältnis zu kommen. Was in meinen Kräften steht, wird geschehen, um die Einfuhr ausländischer Lebensmittel zu fördern. In diesem Bemühen kenne ich keinen besseren Bundesgenossen als die deutsche Arbeiterschaft. Wenn sie die Erzeugung steigert, ist sie die beste Helferin in unserer Lage.

Besprechung der Interpellation.

Wg. Schäfer (Str.): Die hohen Preise für die Auslandslebensmittel können gerade von den schlechtesten, ärmlichen Familien nicht gezahlt werden, die eine Verbesserung ihrer Ernährung am meisten bedürfen. Hier muß vom Reich Hilfe geleistet werden. Der Streit muß überhaupt als Kampfmittel anscheiden und das Schiedsgerichtverfahren an seine Stelle treten. Die Zwangsbewirtschaftung darf nur beibehalten werden für Brot, Fleisch, Fett und Kartoffeln. Ausland bietet uns in Zukunft die Möglichkeit einer besseren Lebensmittelversorgung. Die Mächte, die uns immer drückendere Bedingungen auferlegen wollen, sollten bedenken, daß sie dadurch die Interessengemeinschaft zwischen Deutschland und Rußland stärken.

Wg. Dr. Vershoren (Dem.): Die mehr als 100%ige Verteuerung des ausländischen Wehls wirkt stimmungsbekundend auch bei denen, die an sich zahlungsfähig sind. Durch die Verteuerung der Kommunen wird der Preis noch weiter verteuert. Ich bin dafür, die Kommunen auf diesem Gebiete ganz auszuschalten. Als Verteilungsmittel sind sie gar nicht zu benutzen. Was uns jetzt allein noch retten kann, ist die Arbeit. Sonst verlieren wir im Auslande jeden Kredit und können nicht mehr kaufen. Dazu gehört, daß eine andere Gestaltung in unserer Arbeiterschaft nachgehalten wird, als sie jetzt maßgebend ist, und vor allen Dingen muß die Zwangsbewirtschaftung bei der Einfuhr und Verteilung der Rohstoffe beseitigt werden. Der Kredit, auf den wir uns allein noch stützen können, ist der, den sich die privatrechtlichen Unternehmungen in jahresweiliger Arbeit draußen erworben haben. Er tritt in dem Augenblick in die Erde, in dem das Ausland sich fragen kann, in Deutschland bahnen sich wieder gesunde Verhältnisse an.

Wg. Arnstadt (D. P.): Wir erkennen dankbar an, daß der Minister gut genug geachtet hat, wie die Dinge liegen, und die Verhältnisse so darzustellen hat, wie sie sind. Die Zwangsbewirtschaftung verlangt, niemand im Reiche hat alle Bestimmungen beachtet. Mindestens eine teilweise Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung ist möglich. Wenn wir die Eigenwirtschaft stärken und dem Landwirte ausreichende Preise gewähren, dann wird die Landwirtschaft wieder in die Lage kommen, an sich selbst zu helfen und billiger zu ernähren. Die Regierung soll alles tun, um unsere Landwirtschaft leistungsfähiger zu erhalten.

Wg. Dausch (D. P.): Die Regierung muß endlich dafür sorgen, daß die dazu geeigneten Arbeitslosen aus der Großstadt aufs Land zur Landarbeit gehen, denn wenn in Deutschland mehr gearbeitet wird, so wird der Preis der ausländischen Lebensmittel sinken. Wir wünschen einen allmählichen Abbau der Zwangsbewirtschaftung. Die Landwirtschaft würde zugrunde gehen, wenn auch nur der letzte Versuch ihrer Sozialisierung gemacht werden würde. Die Zwangsbewirtschaftung muß verschwinden und an ihre Stelle muß treten strikte Selbsthülfe der Landwirte und der Verbraucher.

Wg. Wurm (U. S. P.): Durch die Streiks wird allerdings unter Volksernährung sehr geschädigt. Aber die Schuld trägt die jegliche Parteipolitik der Regierung, die den Bergarbeitern erst jetzt das Bewußtsein, was ihnen schon vor Wochen hätte bewilligt werden müssen. Wenn unsere Bergwerke und unsere Industrie nicht arbeiten, dann gehen wir zugrunde. Deshalb muß die Regierung die Arbeiter zu ihrem Recht kommen lassen. Die Reichskasse muß den Gehaltstrag aus den teureren Mehlpreisen tragen. Die arme Bevölkerung muß vor allem fröhlich werden. Dem freien Handel werden schon jetzt zu viele Zugeständnisse gemacht. Die Arbeiter müssen erst wieder Glauben und Vertrauen zu ihren Vertretern gewinnen, dann werden sie auch ihre Ruhe und ihre Arbeitslust wieder bekommen.

Ernährungsminister Schmidt: Wenn es den Unabhängigen erst ist mit dem Appell an die Arbeiterschaft, wieder zur Arbeit zurückzuführen, so mögen sie einen entsprechenden Appell an ihre Vertrauensmänner im Ausgabebereich richten. Bis jetzt haben sie das Gegenteil getan.

Oberst Watz: Aus den militärischen Beständen ist bereits alles, was nicht unbedingt gebraucht wird, dem Reichsverwertungsamt zur Verfügung gestellt worden.

Damit schließt die Aussprache.

Nächste Sitzung Dienstag, 10 Uhr. Anfragen. Maßfernortlage, Ermächtigungsgesetz, Kalligeseh und Wahlprüfungen. Schluß 7 Uhr.

Die Geschehnisse im Reich.

Die Krisis im Reichsministerium.

D. Berlin, 13. April. (Privat.) In Weimar erhalten sich wie der „Post“ gemeldet wird, die Gerüchte über eine Krisis im Reichsministerium, insbesondere über eine Amtsniederlegung des Ministerpräsidenten Scheidemann, die zwei Gründe haben soll.

Der Reichsfinanzministerkandidat Dr. Dernburg soll Bedingungen gestellt haben, die der überhäufigen Sozialisierung vorzuziehen seien und die demokratischen Ziele in Wirtschaftspolitik mehr in den Vordergrund treten lassen.

Auf der anderen Seite hat der Entwurf über den Staatsgerichtshof bisher in der Nationalversammlung nur wenig Freunde gefunden, jedoch mit seiner Ablehnung gerechnet werden muß. Der Entwurf ist aber eine Lieblingsidee Scheidemanns. In der Nationalversammlung ist man der Ansicht, daß es nicht Aufgabe der Republik sei, ein Scherbenstück über deutsche Feldherren zu veranlassen und sich vor der ganzen Welt zu blamieren. In dieser Beziehung hätte Deutschland schon mehr als genug getan, um sein Ansehen in der Welt zu schädigen.

Austritt des Stuttgarter preussischen Gesandten.

W. Stuttgart, 14. April. Der preussische Gesandte Hr. v. Sedendorf, früher in Tanger und seit 1915 in Stuttgart, ist in den einseitigen Aufbruch eingetreten. Die Geschäfte der Gesandtschaft besorgt Baron von Nolte.

Kolonisierung im Osten.

(Berlin, 15. April. Dem „Berl. Volant.“ zufolge hat der preussische Kultusminister Hänisch für Westpreußen die Einführung des polnischen Sprach- und Religionsunterrichtes genehmigt.

W. Danzig, 15. April. Die deutsche Stadt Danzig wird demnächst eine polnische Volkshochschule erhalten.

W. Berlin, 15. April. Nach amtlichen deutschen Meldungen wird der Ort Hindenburg wieder Jarze und Hohenjalka wieder Inowrogel genannt werden.

Zur Sozialisierung des Wirtschaftslebens.

W. Berlin, 14. April. In der heutigen Sitzung des Räteingresses wurde die Sozialisierung des Wirtschaftslebens erörtert. An Stelle des erkrankten Karl Kaustisch verlas Frau seiner Reichs, in dem die Schaffung einer Organisation geordnet wird, durch die den Arbeitern und Konsumenten in der Wirtschaft der notwendige Einblick auf der Produktionsseite ermöglicht werden soll. Nur die Sozialisierung reise Produktionsweise dürften sozialisiert werden. Die bürgerliche Landwirtschaft sei nach nicht reif dafür. Die heutige Sozialisationsbewegung habe die Sozialisierungskommission zur Behauptung gezwungen herabzudrücken. Man schaffe ein Sozialisationsamt und ermittle dessen Befugnisse für Reich, Staat und Gemeinde.

In der Erörterung erklärte Kaustisch (Ges.): Wenn Kaustisch des Konsumenteninteresse an die Spitze stelle, so sei das eine Gefahr für die Landwirtschaft.

Reichsminister Wissel erklärte sich mit dem Bericht einverstanden und lehnte nur die gegen die Regierung gerichteten Ausführungen ab.

Köln-Halle (U. S.) faßt: Die Betriebe müssen durch Betriebs- und Arbeiterräte von innen heraus für die Sozialisierung reif gemacht werden.

Ueber die Sozialisierung der Kohlewirtschaft.

W. Berlin, 14. April. (Amtlich.) Im Reichswirtschaftsministerium trat heute der Sachverständigenrat zusammen, der auf der Grundlage des Reichskohlegesetzes vom 23. März über die zukünftige Ausgestaltung der deutschen Kohlewirtschaft zu beraten hat. In der Eröffnungsansprache wies der Reichswirtschaftsminister auf die Bedeutung der zu fassenden Beschlüsse für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands hin und warnte vor sprunghaftem Vorgehen bei dem Ausbau der Neuorganisation, da nur von der organischen Entwicklung von dem Vorhandenen Gutes erwartet werden könne.

Nach dem von der Regierung vorgelegten Arbeitsplane soll das Ausführungsgesetz bis Ende Mai mit dem Sachverständigenrat zusammen in endgültiger Fassung fertiggestellt sein, anfangs Juni dem Reichsausschuß und der parlamentarischen Kommission vorgelegt und Mitte Juni verkündet werden. In der zweiten Hälfte des Juni sollen dann die gemeinwirtschaftlichen Verbände und der Reichskohlewart nach dem Gehehe gebildet werden, damit am 30. Juni die Kohlewirtschaft endgültig sozialisiert ist. In den ersten Fragen, die heute zur Beratung standen — Aufbau der Organisation und Regelung des Handels — besteht völliges Einvernehmen der paritätisch zusammengesetzten Körperschaft. Schöners war die Ansicht ungeteilt, daß dem freien Kohlenhandel auch in Zukunft innerhalb des gemeinwirtschaftlichen Systems keine Berechtigung zukomme, da auf die Vorteile des freien Wettbewerbs nicht verzichtet werden könne und zudem die Ausgestaltung des Handels der Weg zur Sozialisierung unabweislich sei. Ueber den Verlauf der Tagung, deren Dauer auf drei Tage berechnet ist, wird weiter berichtet werden.

Streikbewegung und Unruhen.

Zur Bankbeamtenstreik.

! Heidelberg, 15. April. In einem im Hotel „Reichspost“ hier abgehaltenen Kongreß der Vertreter der Angestelltenvereine südwestdeutscher Filialen der Bank für Handel und Industrie (Bankarbeiter-Bank), wurde eingehend die wirtschaftliche Notlage der Bankbeamtenstreik im allgemeinen und in besonderer die Streiklage im Reiche unter besonderer Würdigung der bei den südwestdeutschen Filialen des Instituts herrschenden Verhältnisse besprochen. Im Anschluß daran wurden Telegramme an den Reichspräsidenten und die Streikleitung in Berlin abgefaßt. In dem ersten gibt der Kongreß dem Reichspräsidenten seine Entschlossenheit kund, den den Bankbeamten in furchtbarer Notlage von den Bankleitungen aufgezwungenen Kampfs um Dasein einmütig zu führen, wie wirtschaftliche Todesgefahr es gebietet. Das zweite Telegramm ist eine Sympathiebekundung an die Berliner Kollegenschaft, in der die von den Berliner Angestellten bislang getroffenen Maßnahmen einmütig gebilligt werden.

W. Berlin, 16. April. Gestern Abend fanden in Weimar Besprechungen des Reichsarbeitsministers mit einer Abordnung streikender Bankbeamten aus Berlin statt. Die Vermittelungsverhandlungen dauerten bis zum Abend, führten aber zu keinem Ergebnis und sollen heute fortgesetzt werden.

Dem Vernehmen der „Post“ zufolge haben die Leipziger Bankbeamten im Hinblick auf den über ganz Sachsen verhängten Belagerungszustand beschlossen, die Arbeit heute wieder aufzunehmen.

W. Hamburg, 14. April. Bei den Einigungsverhandlungen zwischen den Direktoren der hiesigen Banken und den Vertretern der Bankbeamtenvereine erklärten sich die Vertreter der Hamburger Bankleitungen bereit, das Mitbestimmungsrecht der Angestellten bei Kündigungen und Entlassungen nach Maßgabe der in der Verordnung vom 24. Januar 1912 enthaltenen Bestimmungen bis auf weiteres anzuerkennen. Die Parteien erklärten, für diese Vereinbarungen in ihren Kreisen wirken zu wollen.

Generalstreikdrohung der Berliner Angestelltenvereine.

W. Berlin, 15. April. In einer gestern abgehaltenen Versammlung der Obleute der Angestelltenvereine Großberlins wurde laut „Berl. Tagebl.“ beschlossen, für den Fall der Ablehnung des Mitbestimmungsrechtes durch die Regierung in den Generalstreik einzutreten. Dieser soll, wenn die Betriebsversammlungen dem Beschlusse ihrer Obleute zustimmen, bereits morgen beginnen und sich auf ganz Deutschland erstrecken.

Generalstreikultimatum der Bremer Kommunisten.

W. Bremen, 16. April. Ueber ein Ultimatum der Bremer Kommunisten wird der „Post“ berichtet: Die Unabhängigen und die Kommunisten haben gestern der Regierung ihre Forderungen auf Aufhebung des Belagerungszustandes und Einführung des Räteystems in Form eines Ultimatum überreicht. Letzteres läuft heute nachmittags 3 Uhr ab. Bei Nichterfüllung der Forderungen soll sofort der Generalstreik erklärt werden.

Magdeburger Nachklänge.

W. Berlin, 16. April. Nach einer Meldung des „Berl. Lok.-Anz.“ ist der Unabhängige Sozialdemokrat Albert Vater, der als latifischer Leiter des Magdeburger Polizeipräsidiums die Verlesung des Reichspräsidenten durch den Reichspräsidenten von Magdeburg verurteilt wurde, hat sich Vater, um seine Sicherheit zu besorgen, nach Braunschweig begeben, wohin er den Justizminister Landsberg hatte bringen lassen wollen.

Kommunistenkämpfe in Herlohn.

W. Herlohn, 15. April. (Privat.) Nach einer Versammlung in der Kaiserhalle, in der der Kommunistenführer Brenner eine Rede über die Weltrevolution gehalten hatte, begab sich ein Demonstrationszug von Kommunisten zum Rathaus, um die dort untergebrachte Sicherheitswehr aufzulösen. Die Fensterscheiben wurden eingeschlagen und 20 Gewehre unbrauchbar gemacht. Die Sicherheitswehr leistete heftigen Widerstand. Auf beiden Seiten wurde geschossen und mit Handgranaten geworfen. Bisher sind 8 Verwundete ins Krankenhaus eingeliefert worden.

Der Kommunistenführer Brenner wurde durch ein Schußloch schwer verletzt, außerdem wurde eine Person getötet. Die Erregung unter der Bevölkerung ist groß. Später jag die Menge unter Vorantritt der Trommler und Pfeifer durch die Stadt. Es gelang schließlich, in einer Versprechung mit den Magistratsmitgliedern und dem Arbeiter eine Einigung herbeizuführen.

Der Abbruch des Bergarbeiterstreiks.

W. Saarbrücken, 14. April. Der Bergarbeiterstreik wurde bei den Saar- und den westfälischen Gruben abgebrochen. Der Bezirksleiter des hiesigen Verbandes setzte auseinander, die Lage habe sich derart zugespitzt, daß die Entscheidung der Pariser Regierung nicht mehr abgewartet werden könne. Es muß also aus der Erkenntnis heraus gehandelt werden, daß ein Fortgang des Streikes bestimmte Folgen haben würde.

Zu den Vorgängen in Dresden.

(Dresden, 16. April. Von hier wird der „Deutsch. Allg. Ztg.“ berichtet: Sämtliche Gebäude sind außerordentlich gesichert und mit

unbedingt ergebenen Truppen besetzt, jedoch solche entschlossenen Erfolge, wie die vorgefallenen neuerdings ausgeschlossen erscheinen. Zwischen eingetretene Grenzschutzabteilungen und Reichstruppen sind den Regierungsmassnahmen den nötigen Nachdruck.

W. Dresden, 14. April. Bei den Unruhen am Sonntag sind zwei Personen getötet und zehn schwer verletzt worden. Die Leiche des ermordeten Ministers Neuring konnte bis jetzt nicht aufgefunden werden. Die von der Reichsregierung angeordnete Aufrechterhaltung der Ordnung entsandten Truppen sind eingetroffen und in der Umgebung von Dresden untergebracht worden. In Dresden herrscht heute vollkommene Ruhe.

W. Dresden, 15. April. (Privat.) Bis gestern Abend hat durch den Militärkommandanten 42 Verhaftungen unter dem Vorbehalt der Teilnahme an der Ermordung des Reichsministers vorgenommen worden. Unter den Verhafteten befinden sich 13 Personen, deren persönliche Teilnahme an der Ermordung auf das Kriegsministerium und an der Ermordung des Kriegsministers bereits festgestellt worden ist.

Kriegsminister Neuring.

W. Leipzig, 15. April. Ueber den von Dresdener Spartafraktion auf solche entsetzliche Weise ermordeten sozialdemokratischen Kriegsminister Neuring machen die „Leipz. N. Nachr.“ folgende Mitteilungen: Gustav Neuring wurde am 14. September 1879 in Hamburg a. d. Elbe geboren als Sohn eines unteren Bahnbeamten. Er besuchte die Volkshochschule und war dann zunächst als Landarbeiter in Norddeutschland, später als Gehilfenarbeiter tätig. Er diente von 1902 bis 1902 im Elbajahr und beteiligte sich nach dieser Zeit bei verschiedenen Anlässen an der Arbeit für die sozialdemokratische Partei und für den Gewerkschaft. Seit dem 25. Lebensjahre war er Gewerkschaften des Verbandes der Fabrikarbeiter für den Bezirk Sachsen. Bei der Verhaftung wurde er sofort in Dresden in den A- und S-Klassen eingewiesen und in den Vollzugsanstalt des A- und S-Klassen eingewiesen und in den Landesrat. Während des Krieges war er Unteroffizier der Reichs-Gew.-Komp. 108 in Dresden.

Der Mann, der sich mit Unstich und Tatkraft bemühte, in Sachse Ruhe und Ordnung zu halten, galt den kommunistischen Elementen als gefährlicher Feind. Für seine Bestimmung schenken ihm Mittel recht. Und als er nun vollends dem verbrecherischen Wahnsinn eines Generalstreiks im Augenblick der Revolution zum Entschluß von Truppen zu begehren suchte, da ward ihm von den paritätischen Dunkelkammer des Landesrat geantwortet. Jenes seltsam ist in dem Bestreben Neurings, den jüdischen Scheinsozialismus vor sinnlosen Störungen zu bewahren, die mittelbare Ursache für die Schrodenart der Spartafraktion zu erklären. Den unmittelbaren Anlaß zur Ausführung des grausigen Verbrechens mußte eine an sich harmlose Straßenumgebung von Kriegsbekämpften und Kampfmitteln abgeben. Die Dresdener Spartafraktion bemüht sich die Bewegung mit untrüglichem Geschick, sie war es sich zu führen, einer Sache auf, ohne dazu berufen zu sein, und brachten auf diese Weise ihre schändlichen Pläne zur Vollendung.

Zu der neuen Umwälzung in Bayern.

Zur Lage.

W. Nürnberg, 15. April. Von hier wird einer Berlin sozialdemokratischen Korrespondenz gemeldet: In Nord- und Südbayern ist alles in bester Ordnung. In München steht die weitaus größere Zahl der Truppen auf Seiten der Regierung Hoffmann. Die Kommunisten haben eine große Anzahl von Arbeitlosen bewaffnet und es finden dort immer noch Kämpfe zwischen ihnen und den Regierungstruppen statt. Jedoch herrschen die Regierungstruppen völlig die Lage.

Die wachsenden Kämpfe in München.

W. Augsburg, 14. April. Die Augsburger Neuzeit meldet über die letzten Vorgänge in München: Am Sonntag nachmittag fand eine Demonstration der kommunistischen Arbeiter und Truppen auf der Theresienwiese statt. In der letzten Nachmittagsstunden unternahmen die Spartafraktion einen Angriff auf den Bahnhof, der von der ersten Abteilung der republikanischen Schutztruppe besetzt war. Auf den drei Stadtteilen des Bahnhofs hatten sich allmählich bewaffnete Mannschaften der roten Armee des 1. Inf.-Regts. und andere Truppenteile angesammelt, die während der Nacht eintraten. Die Beschießung des Bahnhofs erfolgte zunächst mit Gewehren und Maschinengewehren, wobei es zahlreiche Tote und Verwundete gab, insbesondere dadurch, daß die Wälle des Bahnhofsplatzes von der Schießerei allig überzogen wurden. Das Publikum stob in wahnwütiger Hast auseinander und suchte in den Häusern Schutz.

Als der Angriff mit Maschinengewehren keinen Erfolg verzeichnet wurden drei Minenwerfer aufgeführt. Da den Verteidigern der Bahnhof nur Maschinengewehre und Handgranaten zur Verfügung standen, war ihre Lage durch die Tätigkeit der Minenwerfer ausfindiglos geworden. Gegen 10 Uhr erfolgte der allgemeine Angriff auf den Bahnhof, bei dem es den Angreifern gelang, in den Bahnhof einzudringen, worauf die Besetzung, die unter der Beschießung schwer gelitten hatte, sich ergeben mußte. Im Triumphzug wurde der Bahnhofskommandant Mosenbecker die Neuhäuserstraße aufgeführt, um angeblich erschossen zu werden. In der Nacht wurde in kurzer Folge die Stadtkommandantur, das Hauptquartier der republikanischen Schutztruppe, genommen, sowie die anderen öffentlichen Gebäude Münchens und die Kaserne der republikanischen Schutztruppe. Ganz München war heute früh in den Händen der Spartafraktion. Der Generalstreik wurde erklärt. Der Bahnhof war von Mannschaften der roten Armee besetzt. Von Verhaftungen ist jedoch am Bahnhof selbst außer den erschossenen Personen wenig zu sehen. In der Stadt herrscht verhältnismäßige Ruhe. Zugverkehr bleibt eingestellt.

(Zusatz des W. Augsburg: Authentische Nachrichten sind über dem Mangel an jeglicher Verbindung mit München nicht zu erhalten. Der hiesige A- und S-Rat erklärte auf Anfrage, kein Kenntnis über die Vorgänge in München zu haben. Im Übrigen wurden von der Stadtkommandantur Augsburg alle Verhaftungen nahmen getroffen, um eine etwaige Rückwirkung der Verhaftungen auf Augsburg zu verhindern. Die Arbeiter aus den Fabriken sind zum Schutz der Stadt und zur Verstärkung der Sicherheitswehr herangezogen worden.)

W. Bamberg, 15. April. (Privat.) Nach Meldungen aus München haben die Kommunisten mehr als 750 000 Mark öffentliche und private Gelder enteignet und an sich genommen. Dem verhafteten Dr. Lipp wurde bei seiner Einlieferung in die Irrenanstalt große Mengen an Bargeld und Papieren abgenommen. Die Regierung ertheilte dem militärischen Befehlshaber die Ermächtigung zur Verhängung des Standrechts über München.

Die Zustände in Augsburg.

W. Augsburg, 14. April. In der außerordentlichen Sitzung des A-, B- und S-Rates, der am Sonntag zur republikanischen Stellung nahm um über die Forderungen der Bayerischen Regierung Bescheid zu setzen, wurde der Beschluß der Rückgängigmachung des Anschlusses von Augsburg an die Münchener Republik in außerordentlich erregter Debatte, die beständige zu kühnen Auftritten ansartete, mit zwei Drittel Mehrheit gefaßt. Der Stadtmagistrat nimmt seine Sitzungen wieder auf.

Badische Chronik.

Karlsruhe, 15. April. In Ergänzung der von dem Minister über die baldige Neuwahl der Kommunalverbände...

Karlsruhe, 15. April. Man schreibt uns: Der infolge von Transportschwierigkeiten aller Art, von Fabrikstreiks, Unruhen...

Worms, 14. April. Die Gesamtzahl der an Typhus Erkrankten ist auf 2577 angewachsen. Todesfälle sind bisher 210...

Worms, 14. April. Wie aus den Verhandlungen der bad. Nationalversammlung schon bekannt geworden ist...

Karlsruhe, 13. April. In Mergentheim fand eine Sitzung des Eisenbahnkomitees für den Bau der Bahn von Mergentheim nach...

Worms, 14. April. Verschiedenen Wünschen entsprechend soll eine Autoverbindung Schopfheim-Regina vorrussisch...

Worms, 14. April. Im Badener Großen Rat erklärte Herr Oberbürgermeister Dr. Bremer, er habe den Eindruck...

Karlsruhe, 14. April. Nach dem „Bad. Beobachter“ soll die Regierung beschlossen haben, sämtliche Titel abzulassen...

Der Schatten.

Roman von Elze Stiller-Marshall. Welche Formel für den Schatz des Adalts in den Bergkuppen...

Kommerzienrat, Geh. Kommerzienrat usw. künftig im Staate nicht mehr anerkannt werden. Bei den Zurechnungen der Beamten...

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 15. April. Das gesamte Versorgungsamt einschließlich Hinterbliebenenfürsorge...

Die Militärbehörde und Wohnungsfrage. Mit weitgehendem Entgegenkommen beschäftigt sich schon seit Wochen die Militärbehörde...

Na. Zur Frage der Verteilung frischer Fische wird uns von zuverlässiger Seite geschrieben: Der Umstand, daß bei den einzelnen Fischhändlern...

Bestrahlung ausländischer Arbeiter. Zur Warnung mag folgender Vorfall dienen, der sich in Andernach zuggetragen hat: Der Bauarbeiter einer Firma...

Der Badische Kunstgewerbeverein hielt am Sonntagabend Oberbürgermeister Stitzgen in feierlicher Weise einen Vortrag über das alte und das neue Karlsruher in Baden-Baden.

Seitens des Staates nennt er den Umbau des Kurhauses in Baden, eine Aufgabe, die von dem Redner des Abends in mustergültiger Weise gelöst worden sei.

Ein weiterer Plautobend. Am 25. April, abends 1/8 Uhr, findet im Saale des Hotel Friedrichshof ein heiterer Plautobend statt.

Palmtags-Konzert des Mannlichen Konjervatoriums. ES. Karlsruhe, 14. April. Romantik u. Klassizismus vereinigen sich.

Auszug aus den Ständebüchern Karlsruhe. Geboren. 6. April. Maria Emma, Vater Ludwig Greiser, Schreibegehilfe.

allen Dingen begeisterte ihn. Ebenso das alte Paar, das natürlich in keinen Diensten bleiben mußte.

„Na freilich, freilich i wo wärn wer nich!“ antwortete der Alte vergnügt; „wenn Ihn' alles recht sein tut, was unsre Jungen Herrschaften ausgeschrieen haben, wenn Sie da Ihnen Ihren werten Namen drunter schreiben da...“

Dienstag Abend
punkt 8 Uhr
Moninger, Konkordianal
Geschäftliche Sitzung
 Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband
Ortsgruppe Karlsruhe 6204
 Geschäftsstelle: Cokenstr. 33, Fernsprecher 5691.

4 Öffentl. Vorträge
 im Vortrags-Saal: Waldstr. 30, Seitengeb.
 3. Am Dienstag, den 15. April, abends 8 Uhr
 Thema: 320052

Los vom Gewissenszwang!
 Redner: Hrn. Dr. Schaefer, Karlsruhe.
 4. Am Mittwoch, den 16. April, abends 8 Uhr
 Thema:

Der Fels der Kirche!
 Redner: Prediger Kämpel, Freiburg.
 Jedermann willkommen! Eintritt frei!

Die Vereinigung der Karlsruher Handwerker und Gewerbetreibenden
 hat unsere Mitglieder zu einer am
Dienstag, den 15. d. Mts., abends 8 Uhr,
 im großen Saale der Eintracht stattfindenden
Versammlung
 eingeladen, in welcher gegen die geplante Sozialisierung
 der Handwerks- und Gewerbebetriebe
 Stellung genommen wird.
 Wir machen unsere Mitglieder hiermit auf
 diese Veranstaltung aufmerksam. 6415

Grund- und Hausbesitzerverein
 Karlsruhe.

Friedrichshof.
Freitag, 26. April, abends 7 1/2 Uhr:
Heiterer Abend
Plaut
 Neues literarisches u. musikalisches Programm
 Kart.: 5, 4, 3, 2 i. d. Hofmusik.-Hdlg. Fr. Doort. 6424

Achtung!
 Die Preisverhältnisse der Dittstadt ändern
 ihre Wirtschafts- und hollen mittags 12 Uhr
 ab von 1-2 Uhr von 12-1 Uhr geschlossen
 und bitten das verehr. Publikum hiervon Kenntnis
 zu nehmen. 318713
 sämtliche Preisverhältnisse der Dittstadt.

Geschäfts-Empfehlung.
 Der verehr. Einwohnerschaft von Durlach
 und Umgebung hierdurch die ergebene Mit-
 teilung, daß wir unter dem heutigen ein
Elektrotechnisches
Installationsgeschäft
 eröffnet haben, zur Ausführung von Licht-,
 Kraft- u. Schwachstrom-Anlagen, sowie Ver-
 kauf von sämtlichen elektr. Bedarfsmaterial.
 Eine reelle, fachgemäße und prompte Be-
 dienung wird stets das Grundprinzip unseres
 Unternehmens sein. Z10987

Um geneigten Zuspruch bitten
Lochmüller & Suckert, Installationsgeschäft
Durlach i. B.
 Telefon 513. Kronenstraße 8.

Silber
 — in jedem Feingehalt und Quantum —
zu kaufen gesucht.
 Preisangebote erbeten an 4267a
Friedrich Braun, Horzheim, Seifenstr. 17.

Chesterfield-Garnituren,
 ein echter Chesterfield (als Decks), nur prima Ware,
 preiswert abzugeben. 318707
H. Schüle, Tapeziermeister, Goethestraße 23.

Städtliches Konzerthaus zu Karlsruhe.
 Dienstag, den 15. April 1919.
 Vorstellung des Bad. Landesoperators.
 Dienstagsmiete Nr. 23.

Der Schwarzhünfler.
 Auftreten in 3 Aufzügen von Emil Götli.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.
 Mittwoch, den 16. April, 10 Uhr: 4. Sinfonie-
 Konzert der Kapelle des Landesoperators. Mitwir-
 sende: Josef Weidner und Paul Kraußner.
 Vortragsliste: 1. Brahms Doppelkonzert für Violine
 und Violoncello mit Begleitung des Orchesters.
 2. Bruchner 7. Sinfonie E-Dur für großes Or-
 chester. Eintrittspreise 1-5 A. 6263

Colosseum

Dienstag, 15. April 1919
Almenrausch u. Edelweiss 6120

Anfang 8 Uhr,
 Ende nach 10 Uhr.
Maschinen- schreiben, Stenographie, Schönschreiben, Handschrift

erteilt bei schneller und gründlicher Ausbildung und mäßigen Preisen

Lehrer Strauß,
 Kronenstr. 15, III.
 Eing. durch d. Gittertor.

Gebürder Scharff

Wir empfehlen:
la baderisches Sauerkraut

Pfund 28 Pfg. 6412

Gesucht

Es werden eine annehme-
 liche Pension in der Nähe
 einer Großstadt u.
 in der Nähe eines
 (Kloster) Chätos. Kauf-
 nicht angeschlossen. Kon-
 tinent. Anstalt u.
 beliebiger Höhe vorhan-
 den. Angebote mit. Nr.
 321998 an die „Badische
 Presse“ erbeten.

Pflegeeltern

geucht.
 Suche für ein Kind
 (Mädchen), 1 Jahr alt,
 fleißig, fleißig am
 fleißigen Kinder, Ehepaar.
 Angeb. mit. Nr. 321578
 an die „Bad. Presse“.

Gut verkauft.

Derjenige, der a. Dienst-
 tag, den 8. d. M., in der
 Schloßmühlenterrasse
 (unten im Sandstein)
 einen solchen Gut mit-
 nahm, wird erbeten, den
 selben Gegenstand u.
 umzutauschen. 318793

Verloren

am 10. 4. nachm. zwischen
 5/4 und 1/2 Uhr in der
 Nachstr. am Büttelb.-
 Moorstr. 25 Kart. 3
 Abgabe des Gegenstandes
 gegenstr. 224. III.

Kapitalien

Günst. Kapitalanlage.
 15-20 000 Mark
 (Geldverleih) (Zins-
 gebühr) ist zur Grün-
 dung eines neuen Ge-
 schäftes der Vorzellan-
 industrie in der Nähe
 gegen gute Verzin-
 gung eint. Betrag, am
 Neingelohn obige Sum-
 me. Es können nur
 vertrauenswürdige Personen
 in Betracht, da mit kei-
 nem Risiko verbunden.
 Angeb. mit. Nr. 321432
 an die „Badische Presse“
 sofort a. H. Grundstück
50 000 Mk.
 auf 1. Hypothek gesucht.
 Angeb. mit. Nr. 318615
 an die „Bad. Presse“.

15 000 Mr.

von Selbsterbe sofort
 auf 2. gute Hypothek aus-
 zuleihen. Angeb. unter
 Nr. 321602 an die „Bad.
 Presse“ erbeten.

10 000 Mark

oder höhere 2. Hypothek
 anzuleihen.
 Angeb. mit. Nr. 311084
 an die „Bad. Presse“.

1500-2000 Mr.

gesucht von Landwirt.
 Rückzahl. nach übereinf.
 Angeb. mit. Nr. 321612
 an die „Bad. Presse“.

1000 Mark

für geschäftliche Zwecke
 zu leihen gesucht. Rück-
 zahlung monatl. 300 A.
 Oberleit. Weid. Ange-
 bote mit. Nr. 321508
 an die „Bad. Presse“.

Wiener Café Central.

Heute abend 7 1/2 Uhr:
Grosses Sonder-Konzert.
 Leitung: Kapellm. Kündgen.

- Programm: 6414**
1. Blace of Giori, Marsch . . . Holzmann.
 2. Polarstern, Walzer . . . Waldteufel.
 3. Rosamunde, Ouvertüre . . . Schubert.
 4. Ave Maria . . . Schubert.
 5. Fliegender Holländer, Fantasie . . . R. Wagner.
 6. Tristess d'Amour . . . Teller.
 7. 9. Rhapsodie (Karneval de Pés) . . . Liszt. (Klaviersolo Kapellm. Kündgen.)
 8. Tosca, Fantasie . . . Puccini.
 9. Menuett . . . Paderewsky.
 10. Schlussmarsch.

Konzert-Kaffee-Odeon

(Täglich Mittag- und Abend-Konzerte).
 Heute Dienstag 8 1/2 Uhr
Elite-Konzert

Leitung: Kapellmeister Alfons Ziegel.

1. Ungarischer Marsch aus „Faust's Veramnis“ . . . Hector Berlioz.
2. Ouverture z. Oper „Iphigenia in Aulis“ . . . Gluck. (Nach R. Wagner's Bearbeitung). 6408
3. Gavotte aus der 2. Violin-Sonate S. Bach.
4. Melodien aus „Don Juan“ . . . Mozart.
5. Serenade aus dem Streichquartett Op. 3 Nr. 5 . . . Haydn.
6. Ouverture z. Oper „Mignon“ . . . Thomas.
7. Menuett aus d. Quintett in E-Dur Bocherini.
8. Fantasie über Melodien aus Rob. Schumann's Werken . . . Schreiner. (Inhalt: Sinfonie Nr. 1, Wanderlied, Zigeunerlied, Ich grolle nicht, Schmetter- lichen, Fröhlicher Landmann, Träumerei, Sinfonie Nr. 4, Wädmung, An den Sonnen- schein, Schlummerlied, Sinfonie Nr. 1).
9. Melodien a. d. Oper „La Bohème“ . . . Puccini.
10. Gavotte . . . Max Reger.
11. Einzug der Gäste auf die Wart- burg aus „Tannhäuser“ . . . Wagner.

Palast-Lichtspiele

Herrenstrasse 11.
Bernd Aldor
 in dem neuesten Filmwerk seiner Serie 1918/19. 6258

Marionetten der Leidenschaft

Schauspiel in 4 Akten von Lupu Pick.

Der Ehestifter.

Komödie in 4 Akten von Walter Schmidhäuser. In der Hauptrolle: **Maria Fein.**

Künstler-Quartett Freudig.

Luxeum-Lichtspiele

Kaiserstr. 169. Telefon 3985.
 Nur kurze Zeit der hervorragende Spielplan

Eine junge Dame von Welt.

Gesellschaftsdrama in 5 Akten nach dem gleichnamigen Roman von **Fedor von Zobeltitz.**

In der Hauptrolle: **Mady Christians** außerdem 6165.43 **Hugo Flink und Heinrich Schroth.**

Sexton Black.

Schauerndes Wildwestschauspiel in 4 Akten. Letzte Vorstellung abends von 9-11 Uhr.

Druckarbeiten jeder Art werden preiswert angefertigt in der **Druckerei d. „Bad. Presse“.**

Deutsche Staatsbürger!

Das rote Feuer des russischen Bolschewismus fand in München die erste deutsche Herdstätte. Es soll durch rücksichtslose Gewalt einer machtstüchtigen Minderheit dem deutschen Volke die Räterepublik nach russischem Muster aufzwingen und durch Freiheitsberaubung und Todbedrohung ihre schrankenlose Diktatur aufgerichtet und gefestigt werden. Gelingt der Plan von Bayern aus über Mitteldeutschland bis zum rheinisch-westfälischen Industriegebiet die verheerende Brandstiftung zu lassen, so bedeutet das Knechtschaft und Elend des einzelnen wie des gesamten Volkes.

Hunger und Not, Unfreiheit in Wort und Tat, Lahmlegung jeder wirklich produktiven Arbeit, Knebelung der privatwirtschaftlichen Initiative, völlige volkswirtschaftliche Zerrüttung und Abhängigkeit Deutschlands vom Ausland für alle Zukunft, Vernichtung seiner hochentwickelten Kultur werden die Folgen einer solchen Verpflanzung des hirnverbrannten russischen Bolschewismus sein.

Wie die vernünftig und ruhig denkende Arbeiterschaft nicht gewillt ist, das Vaterland der Anarchie und dem Dauerelend auszuliefern, so fordert der Ernst der Stunde jetzt vom **gesamten Bürgertum** die Bekundung eines gleichen Abwehrwillens und die Bereitschaft, ihn durch entschiedene Tat zu beweisen.

Der Reichsbürgerrat hat in einmütiger Geschlossenheit in seiner Berliner Tagung am 30. März d. Js. die Machtstucht einer vor keiner Gewalttat zurückweichenden Minderheit für unerträglich erklärt und den entschlossenen Willen bekundet, ihr mit allen Mitteln, auch denen des bürgerlichen Abwehrstreiks, und wenn es not tut, selbst mit den Waffen in der Hand zu begegnen. Wo bisher nur der Abwehrstreik angewandt wurde, hat er einem einmütigen Bürgertum den Erfolg erzwingen, wie in Halle, Stuttgart, Leipzig, Gotha, Greiz u. a. m.

Voraussetzung aber ist die **Einigkeit über alle parteipolitische Zerklüftung** hinaus in geschlossener Abwehrfront gegen den Radikalismus, der den obersten Grundsatz der Demokratie mit Füßen tritt: „**Gleiches Recht für alle**“. Die Bürgerräte wollen alle Trennungsgrenzen für diese Organisation des Selbstschutzes überbrücken helfen. Nur zielbewußte Organisation erzwingt den Sieg.

Deshalb gründet, wo sie noch nicht bestehen, sogliche Bürgerräte, unter Heranziehung und Mitwirkung aller Stände und Berufe in ihren führenden Persönlichkeiten. Sie wollen und sollen Hüter unserer wirtschaftlichen und kulturellen Kraft sein, vor allem jetzt aber gegenüber einer einseitigen Legalisierung der Arbeiterräte auch dem Bürgertum unbedingt die ihm durchaus gebührende gleichen Gerechtsamen erreichen. **Verlangt Auskunft und Unterstützung durch den Reichsbürgerrat, Berlin NW. 7, Charlottenstraße 44/45, Fernsprecher: Amt Zentrum 2863 und 2864.**

Sorgt, dass die örtlichen Parteileitungen in dieser Stunde der Gefahr als einzige Vertreter des gesamten Bürgertums über alle Parteiuerschiede hinweg sich bezeugen und zusammenfinden! Schließt die Reihen mit der deutschen Landwirtschaft, damit Stadt und Land einig sind zum Schutz des Vaterlandes und seiner Zukunft! Der Worte sündt wahrhaftig nun genug gewesen. Nur Taten bannen die Gefahr und erzwingen den Sieg!

Bereit sein ist alles!
Das Präsidium des Reichsbürgerrats
 Dr. Wessel.

Heiratsgesuche
Gebvermittlung
 kenna reell, diskret.
 Büro für Gebvermitt-
 lungen Frau Bernine
 Grasser, Badische
 Säbingerstr. 127. 3196

Wo kann junger Mann
 in den Abendstunden
Mandolinunterricht
 erhalten?
 Angeb. mit. Nr. 321038
 an die „Bad. Presse“.

Kaufe
 fortwährend Gebverbet-
 ten u. Hochbauma-
 strichen. J. Shormann,
 Brunnenstr. 1, Tel. 2561

!!! Zahle
 gute Preise f. gett.
 der Gänge, 250
 Polikarte erbeten.
 Cagliostro, Tel.
 Markgrafenstr.

Ostern 1919.
 Der geliebten Alters-
 in aut. Stellung wünscht
 mit achtem, hässlich
 nehmtem Präludin, anti-
 mitalen Charakters, auch
 dienenden Standes, mitter-
 lerer Größe in den 30er
 Jahren, mit aut. Aus-
 fleiner und Barvermögen
 in Bielefeld zu tre-
 ten awed's baldlaer
Scirat.
 Nur schriftliche und selbst-
 geschriebene Angeb. ev.
 Bild wolle man ver-
 treuenstent unter Nr.
 311097 an die „Badische
 Presse“ einfinden. Ver-
 mittlung ausgeschlossen.

Versicherung gegen Aufruhr Plünderung Raub
 vermittelt gegen mässige Prämien und eoulante Bedingungen
Generalagentur der „Allianz“ für Baden
Wilhelm Briese, Karlsruhe, Gartenstr. 44 b,
 Telefon 2705.
Generalagent Saar, Karlsruhe, Kaiserstrasse 245,
 Telefon 546.
Generalagent Pfanner, Karlsruhe, Hirschstr. 51a,
 Telefon 2088. 6388

Osterwunsch!
 Dienstmädchen, 27 J.,
 alt, ebana, wünscht mit
 Herrn aticher ston, in
 Verbindung u. treten
 wolle. Hässler, 1001,
 Ausfleiner vorhanden.
 Antwort mit Bild nicht
 angeschlossen. Nur ernst-
 nehmte Angebote erbeten
 unter Nr. 312007 an
 die „Bad. Presse“.

Franzö. Unterricht
 (Nachhilfe) erteilt Aus-
 lands-Deutscher. — Gef.
 Angebote mit. Nr. 312011
 an die „Bad. Presse“.

Der erteilt Unterricht
 in persj. Zeichen.
 Angeb. mit. Nr. 312006
 an die „Bad. Presse“.

Basketballboden für
 Art werden mit neu
 geteilt. Wolf, Schloß-
 straße 61. —

Ich lade mittels meiner Eil-Sammelladungs-Verkehre noch vor den Feiertagen nach:
Berlin, Hamburg, Danzig, Königsberg, Leipzig, Rottbus,
Dresden, Breslau, Böhmen, Schweden, Norwegen, Holland.
Alle über diese Plätze erreichbaren Stationen
worden mitbedient.
 Wegen Beiladungen wollen Sie sich gefälligst
 umgehend mit mir in Verbindung setzen.
Internationales Carl Lassen Frachten-
Speditionshaus 100 Kaiserstraße
Auskunftsbüro
 Telefon 5233.
 Eigenes Rollfahrwerk. 6375